

2. Interpellation von Kenny Greber, Turi Schallenberg vom 5. Juni 2024 "Koordinierter Umgang mit Staatsverweigerern und Reichsbürgern" (24/IN 1/26)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellanten, vertreten durch Kantonsrat Kenny Greber, haben zuerst das Wort für eine kurze Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Kenny Greber, SP und Gew.: Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Es ist spürbar: Die Ernsthaftigkeit des angefragten Problems wird anerkannt. Staatsverweigernde Personen stellen eine reale Herausforderung für unsere Verwaltung dar. Die Antwort zeigt, dass das Thema erkannt wurde. Das ist uns wichtig. Was jedoch auffällt: Es werden vor allem isolierte einzelne Massnahmen aufgezählt – einzelne Schulungen, interne Leitfäden. Was fehlt, ist eine übergeordnete, koordinierte Strategie. Doch genau das ist der zentrale Punkt unseres Anliegen, und deshalb ist die vorliegende Antwort für uns eher zaghaft und nicht ausreichend ernst formuliert. Es fehlt an Vision; es fehlt an Willen, die Situation in den Ämtern und gegenüber den betroffenen Mitarbeitenden spürbar zu verbessern. Die Antwort formuliert Stillstand. Leider habe ich zu unserem Erstaunen vernommen, dass einige von Ihnen die Haltung vertreten, dass eine Diskussion unnötig Raum für staatsverweigernde Personen schaffen würde. Ich bitte eindringlich darum, diese Haltung zu überdenken. Wenn wir hier im Rat den Raum nicht nutzen und nicht über ein koordiniertes Vorgehen in Bezug auf Massnahmen debattieren, dann überlassen wir diesen Raum im momentan unbefriedigenden Zustand und bleiben "zahnlos". Wir, die Interpellanten, plädieren für "Zähne zeigen" und, wenn nötig, für "Kukident". In der Verwaltung wird die Diskussion aktiv und gespannt erwartet und verfolgt. Mich haben viele Nachrichten erreicht. Betroffene erwarten von uns zu Recht weitere Schritte. Unsere Problemlösungsstrategie darf nicht ein Status quo sein, der offensichtlich nicht ausreichend funktional und transparent ist. Wir müssen vertiefen. Deshalb **beantrage** ich die **Diskussion** und danke allen Ratsmitgliedern, die für deren Ermöglichung eintreten werden.

Abstimmung:

Diskussion wird mit 97:3 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen.

Kenny Greber, SP und Gew.: Wir müssen von Anfang an ein klares "Stop" setzen, ein klares "Bis hierher und nicht weiter". Das Problem wird zumindest erkannt, und das ist erfreulich. Staatsverweigernde Bewegungen sind längst kein Randphänomen mehr. Es handelt sich um systematisches Verhalten, das auf die Delegitimierung unseres Staates und seiner Institutionen zielt – schlussendlich auch auf alle hier Anwesenden. Die Ant-

wort des Regierungsrates verweist zum Beispiel auf Schulungen, Leitfäden und die Stelle für Gewaltprävention bei der Kantonspolizei. Das ist alles wichtig – isoliert voneinander aber nicht ausreichend. Denn die Gewaltpräventionsstelle beurteilt jeweils aktiv angefragte Einzelfälle. Was sie momentan nicht kann, ist, einen systematischen Überblick zu schaffen. Es fehlt uns an einem Lagebild. Es reicht, in die Medien zu schauen und diese zu lesen, um zu erkennen, dass es genau dieses Lagebild braucht, um koordiniert handeln zu können. Es folgen einige Aussagen: Die Belastung für seine Mitarbeitenden sei hoch, das nähme ihnen Energie für die eigentliche Arbeit, sagt Roger Wiesendanger, Leiter des Amtes für Betreibungs- und Konkurswesen (ABK). Dem Verhalten von Staatsverweigerern sei mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten, sagt Regierungsrat Urs Martin. Wir hören immer öfter von Gemeinden, die mit staatsverweigerndem Verhalten konfrontiert sind. Der Präsident des Verbandes Thurgauer Gemeinden (VTG), Thomas Niederberger, hat kürzlich seine Einschätzung, die nicht einmal ein Jahr alt war, revidiert – von einer "Randerscheinung" hin zu einem "wachsenden Problem". Auch die Polizei ist betroffen. Ein relativ aktueller Fall in Pfäffikon ZH, bei dem ein Betreibungsamtsangestellter entführt wurde, dann aus seinem eigenen Auto flüchten konnte, wobei beim Täter Waffen und Munition gefunden wurden, ist Mahnung genug. Vergessen wir nicht die tödlichen Schüsse auf Beamte in Deutschland. Dabei darf unsere Antwort jedoch nicht nur repressiv sein. Wir müssen auch präventiv handeln, denn viele Menschen in diesem Milieu haben ihre Zahlungen gegenüber dem Staat schon längst eingestellt, geraten dadurch in Schulden, verlieren ihre Existenz und radikalisiert sich weiter. Wer seine Existenz verliert, wird erst recht gefährlich – für sich selbst und für andere. Einige fragten mich im Vorfeld, ob wir diesen Menschen nicht zu viel Raum geben würden, wenn wir über sie diskutierten. Wir sagen: Wenn wir den Raum nicht bespielen, wird er weiter besetzt und weiter ausgedehnt. Wir dürfen diesen Diskurs nicht scheuen. Ganz im Gegenteil: Wir müssen Haltung zeigen, wir müssen diesen Raum einnehmen und wir müssen ihn verteidigen. Was es deshalb dringend braucht, ist eine kantonale Koordinationsstelle mit Fach- und Handlungskompetenz, verbindliche Abläufe und Unterstützung von betroffenen Mitarbeitenden, präventive Massnahmen, um Eskalationen zu verhindern sowie ein deutliches Signal – wir schützen unsere Institutionen und die Menschen, die sie täglich tragen. Ich fordere deshalb in aller Deutlichkeit den Regierungsrat auf, dieses Thema mit der Beantwortung der Interpellation nicht als abgeschlossen zu betrachten, sondern aus seiner eigenen Antwort die dringend notwendigen Massnahmen abzuleiten und umzusetzen. Es darf jetzt nicht bei der Aufzählung bestehender Einzelmassnahmen bleiben. Die Zeit der Reaktion muss vorbei sein. Es braucht jetzt Initiative, es braucht Verantwortung. Jetzt braucht es Struktur. Jetzt ist der Moment, ein klares Signal in die Verwaltung zu senden: Ihr steht nicht allein. Wir stehen vor, neben und hinter euch. Wir handeln. Auch wenn eine Interpellation keine formelle Forderung enthalten kann, erwarte ich konkrete, koordinierte und sichtbare Schritte – nicht irgendwann, sondern genau jetzt.

Nicole Zeitner, GLP: Der Bericht des Regierungsrates macht es deutlich: Die Problematik rund um Staatsverweigerinnen und Staatsverweigerer ist real, sie ist ernst und sie betrifft direkt jene, die täglich für unseren Kanton und seine Funktionsfähigkeit einstehen. Ich danke dem Regierungsrat für die klaren Worte und die sichtbaren Anstrengungen, mit denen er der Situation begegnet. Es wird viel getan – von Leitfäden über Sicherheitsschulungen bis hin zu konkreten Schutzmassnahmen in besonders betroffenen Ämtern. Die Mitarbeitenden verdienen nichts weniger. Doch es bleibt ein ungutes Gefühl. Trotz aller Massnahmen erleben Mitarbeitende immer wieder Situationen, die weit über das zumutbare Mass hinausgehen: Einschüchterungen, Drohungen, gezielte Angriffe auf ihre Integrität. Wer als Staatsangestellte oder als Staatsangestellter im Kanton Thurgau arbeitet, soll sich nicht fragen müssen, ob er oder sie heute sicher zur Arbeit gehen kann. Dass solche Fragen überhaupt im Raum stehen, ist alarmierend. Diese Situation verlangt daher eine dauerhafte Aufmerksamkeit und die Offenheit, Schutzkonzepte laufend zu überprüfen und dort zu verbessern, wo sich im Alltag neue Herausforderungen zeigen. Die Auseinandersetzung mit dem Thema findet nun auch auf Bundesebene statt. Die Thurgauer Nationalrätin Nina Schläfli hat dazu das Postulat "Staatsverweigerer. Eine Gefahr für Demokratie und innere Sicherheit?" eingereicht. Der Bundesrat hat die Annahme des Postulats empfohlen, und der Nationalrat ist dieser Empfehlung am 10. März dieses Jahres gefolgt. Damit wird der Bundesrat nun prüfen, in welchem Ausmass Staatsverweigerer die Arbeit der Behörden behindern oder gefährden und ob daraus gesetzgeberischer Handlungsbedarf entsteht, oder auch welche präventiven oder sanktionierenden Handlungsoptionen bestehen. Ein wichtiges Signal, das unterstreicht, wie wichtig es ist, dass wir auch im Kanton weiterhin aufmerksam und engagiert bleiben – auch gemeinsam mit den Strafverfolgungsbehörden, wenn aggressives Verhalten oder Androhung von Gewalt vorliegt. Demokratie bedeutet Verantwortung für den Staat, für seine Institutionen und für all jene, die sich tagtäglich für ihr Funktionieren einsetzen.

Mathis Müller, GRÜNE: Die Staatsverweigerer und -verweigerinnen lehnen jegliche staatliche Autorität ab, so der Beginn der Antwort des Regierungsrates zur vorliegenden Interpellation. Die GRÜNE-Fraktion dankt den beiden Interpellanten, den Kantonsräten Kenny Greber und Turi Schallenberg, für ihren Vorstoss sowie dem Regierungsrat für seine Beantwortung. Staatsverweigerinnen verursachen den Ämtern und Verwaltungsangestellten enormen Mehraufwand: Sie schrecken nicht vor Straftaten zurück, wollen den Rechtsstaat lahmlegen, betrachten die Politik als einen Verein, aus dem man austreten kann, und sind deshalb eine erhebliche Gefahr für die betroffenen Staats- und Gemeindeangestellten, aber auch für die Demokratie. Die so entstehenden diversen Kosten und der Mehraufwand, die sie dem Staat und den Gemeinden erbringen, sind gemäss Antwort 4 schwierig zu beziffern, sie sind jedoch nicht unerheblich. Wie soll der Umgang mit diesen Staatsverweigerern und -verweigerinnen gestaltet werden? Soll mittels Dialog

und Aufklärung versucht werden, ihre Beweggründe zu verstehen? Über eine Aufklärung über die Rechte und Pflichten innerhalb des Staates Missverständnisse auszuräumen, würde wohl nichts bringen. Oder soll der Staat vermehrt präventive Massnahmen ergreifen, um die Entstehung von Staatsverweigerern zu verhindern, beispielsweise durch Bildungsprogramme in allen Schulstufen, die das Verständnis für die staatlichen Institutionen fördern? Ein härteres Vorgehen gegenüber Staatsverweigerern könnte verschiedene Massnahmen umfassen, die darauf abzielen, die Verweigerungshaltung zu unterbinden und die Einhaltung der Gesetze durchzusetzen – wie beispielsweise strengere rechtliche Konsequenzen, vorübergehende Einschränkungen bei staatlichen Dienstleistungen, Informationskampagnen, um den sozialen Druck auf die Verweigerer zu erhöhen, oder eine verstärkte Überwachung, um ihre Aktivitäten besser zu dokumentieren, um allenfalls rechtliche Schritte einzuleiten. Ein solches Vorgehen kann aber auch negative Folgen haben, wie etwa die Verschärfung der Konflikte. Es liegt an uns Politikern, hier ein koordiniertes Vorgehen zu diskutieren und zu entwerfen, ein ausgewogenes Verhältnis von der Durchsetzung von Gesetzen und langfristigen Lösungen zu finden.

Marion Sontheim, SP und Gew.: Die Fraktion SP und Gewerkschaften unterstützt die vorliegende Interpellation zum koordinierten Umgang mit Staatsverweigerern und Reichsbürgern ausdrücklich und geschlossen. Sie greift ein ernstes und zunehmend drängendes Problem auf, das nicht länger ignoriert oder bagatellisiert werden darf: Den systematischen Angriff auf unsere demokratischen Institutionen durch Staatsverweigerer und sogenannte Reichsbürger. Diese Personen lehnen die Legitimität des demokratischen Rechtsstaates ab, anerkennen weder unsere Gesetze noch unsere Institutionen, und sie tun das nicht stillschweigend, sie tun das mit wachsender Aggressivität. Wie der Regierungsrat in seiner Beantwortung zu Recht festhält, bedrohen, beleidigen und diffamieren diese Personen Angestellte der Verwaltung, überhäufen die Ämter mit pseudojuristischen Schreiben, stellen fiktive Forderungen, reichen haltlose Anzeigen ein und veröffentlichen teils persönliche Details, Daten und erfundene Haftbefehle im Internet. Diese Entwicklungen sind nicht harmlos, sie sind demokratiefeindlich, sie sind systematisch, und sie sind brandgefährlich. Staatsverweigerer greifen das Fundament unseres Zusammenlebens an. Wir als SP stehen für einen starken und handlungsfähigen Staat, der seine Mitarbeitenden schützt und konsequent für Rechtsstaatlichkeit und demokratische Grundwerte einsteht. Die Interpellation fordert mit Nachdruck Massnahmen, welche wir als Fraktion vollumfänglich unterstützen: ein kantonal koordiniertes Vorgehen, das nicht vom Einzelfall oder vom Goodwill einzelner Amtsleitungen abhängt, eine zentrale Anlauf- und Meldestelle, damit Vorkommnisse systematisch dokumentiert und bewertet werden können, statistische Grundlagen und eine transparente Kostenerfassung, um die Tragweite des Problems sichtbar zu machen und gezielt Gegenmassnahmen zu entwickeln sowie die Stärkung des Schutzes der Mitarbeitenden – nicht nur technisch und organisatorisch, sondern auch emotional und juristisch. Unsere Fraktion anerkennt die bisherigen

Bemühungen des Regierungsrates, etwa den Leitfaden "Umgang mit Staatsverweigerern", Sicherheitsschulungen und das Angebot der Fachstelle Gewaltschutz. Diese Massnahmen sind wichtig und sinnvoll. Dennoch bleibt festzuhalten, dass diese Ansätze heute noch fragmentarisch, teilweise reaktiv und kantonal nicht ausreichend koordiniert sind. Gerade aus Sicht der SP ist es zentral, dass der Staat sich hier nicht als schwach oder abwartend zeigt. Wer unsere Verwaltung lahmlegen will, darf nicht auf Nachsicht stossen – sondern auf klare Strukturen, konsequentes Handeln und politische Geschlossenheit. Es geht hier nicht um Verwaltungsaufwand und Sicherheitsvorkehrungen, es geht um die Verteidigung der demokratischen Kultur, um die Würde der Mitarbeitenden und den Schutz des öffentlichen Dienstes. Die Erfahrungen aus Deutschland zeigen auf erschreckende Weise, dass aus ideologischen Konstrukten handfeste Gewalt werden kann. So weit wollen wir es nicht kommen lassen. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass sich eine Haltung durchsetzt, die nur reagiert, wenn es bereits zu schweren Vorfällen gekommen ist. Prävention, Sensibilisierung, Repression – das sind keine Widersprüche, sondern drei Pfeiler eines koordinierten Vorgehens. Ein Ignorieren oder Wegsehen, wie es leider in manchen Bereichen der Praxis heute noch geschieht, verschärft das Problem. Es überlässt das Feld jenen, die genau auf dieses Vakuum setzen, um ihre staatsfeindlichen Fantasien weiter auszuleben. Deshalb sagen wir als Fraktion SP und Gewerkschaften: Ja, wir unterstützen die Forderungen dieser Interpellation, ja, wir wollen, dass der Kanton seine Verantwortung wahrnimmt und ja, wir stehen an der Seite der Mitarbeitenden.

Mathias Dietz, Die Mitte/EVP: Ich spreche im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP und danke den Interpellanten für die gestellten Fragen und dem Regierungsrat für die aufschlussreiche und aus unserer Sicht gute Beantwortung. Es ist lobenswert, dass sich der Kanton Thurgau seit geraumer Zeit aktiv mit dieser Thematik befasst und nicht die Augen verschliesst, dass es einen Leitfaden "Umgang mit Staatsverweigerern" gibt und dass die Angestellten der Verwaltung auf breite Unterstützung zählen können, wie die Antwort auf die Frage 3 erläutert. Wir haben jetzt schon viel darüber gehört, was die staatsverweigernden Personen auslösen – sie nennen sich auch "Selbstdenker" –, ich will nicht alles wiederholen. Wirklich ärgerlich ist auch, dass die staatsverweigernden Personen viele Behörden und Verwaltungen beüben und damit einen erheblichen Aufwand und hohe Kosten verursachen. Schlussendlich zahlen alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler den Mehraufwand, welchen die staatsverweigernden Personen verursachen. Ich bin froh und auch dankbar, dass es im Kanton Thurgau gemäss der Aussage des Regierungsrates mit wenigen Ausnahmen während der COVID-19-Impfkampagne noch keine physisch gewalttätigen Übergriffe auf Staatsangestellte gegeben hat. Trotzdem ist es besorgniserregend, dass aufgrund ihres Denkens und ihrer Einstellung staatsverweigernde Personen bei einer subjektiv erlebten Bedrohung zu ihrer Verteidigung vielleicht auch zu Mitteln wie physischer Gewalt greifen könnten. Professor Dr. Dirk Baier von der

Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) schreibt dazu in seiner empirischen Annäherung vom 30. März 2023: "So ist die Position der Ablehnung des Staates und des Rechtssystems mit einem Anspruch auf Selbstverteidigung gekoppelt. [...] Dieses Denken trennt zwischen Freund und Feind, womit eine Abwertung des Feindes und damit auch die Legitimation der Gewaltanwendung gegenüber diesem Feind einhergeht." Das ist beängstigend. Es besteht die These, dass diese Menschen ziemliche Defizite bis hin zu gröberen Komplexen mit sich tragen. Wir wissen alle – dafür müssen wir nicht Psychologie studiert haben –, dass diese Defizite und Minderwertigkeitsgefühle ihren Ursprung meist schon in der frühen Kindheit haben. Eigentlich sollte es gar nie zu einer solch radikalen, kritischen und ablehnenden Haltung dem Staat und seinen Organen gegenüber kommen. Geben wir also bereits unseren Jüngsten ein gutes Urvertrauen und Angenommensein mit auf den Weg. Schulen wir sie in Staatskunde zu einem gesunden Demokratieverständnis, lassen wir sie Gemeinschaft in klaren Strukturen und mit festgeschriebenen Regeln positiv und lebensfördernd für alle erleben. Stefan Manser-Egli forscht an den Universitäten Fribourg und Amsterdam zur staatsverweigernden Szene. Er sagt, letztlich gehe es um übergeordnete Fragen, um den Gesellschaftsvertrag und darum, ob man sich da dazugehörig fühle oder nicht. Das Zusammenleben geht nur mit Regeln – Egoismus und Ich-Bezogenheit fördern das Zusammenleben nicht. Da wir leider davon ausgehen müssen, dass diese Staatsverweigerer-Mentalität so schnell nicht verschwinden wird und daher Behörden und Verwaltungen auch im Kanton Thurgau weiterhin mit diesem Phänomen konfrontiert sein werden, ist es wichtig, dass Behördenmitglieder und Verwaltungsangestellte genügend geschult und geschützt werden. Wir alle sind herausgefordert, hinzusehen, hinzustehen und in unserem Einflussbereich zu sensibilisieren. Wir sollten vorleben, wie ein guter Dialog das Zusammenleben fördert und zu mehr Verständnis und Zusammenhalt führen kann. Und auch als politische Parteien haben wir eine wichtige Aufgabe: Zu stark polarisierende, diffamierende, ausgrenzende und rassistische Parolen sind zu vermeiden, und auch auf Ausdrücke, die weit ins Mittelalter zurückreichen (Steuervögte), sollte bei Abstimmungsparolen und auf Plakaten verzichtet werden. Das schürt den Konflikt und ist wenig sachbezogen. Der Staat und seine Player – Behörden, Parlamente, Regierungen und Verwaltungen – sind wertzuschätzen und zu schützen. Sachliche Kritik darf angebracht werden, sie soll aber immer im konstruktiven Sinne und in einem anständigen Ton sein. Danke, dass wir alle am gleichen Strick und in die gleiche Richtung ziehen.

Hermann Lei, SVP: Ich lese das Votum von Kantonsrätin Severine Hänni vor, die heute nicht anwesend ist. Dieses lautet wie folgt: "Die Antwort des Regierungsrates zeigt klar: Das Phänomen der Staatsverweigerer und Reichsbürger ist im Kanton Thurgau ein reales Problem. Es belastet unsere Behörden, gefährdet die psychische Gesundheit von Mitarbeitern und untergräbt den Rechtsstaat selbst. Diese Personen verweigern hoheitliche Entscheide, reichen haltlose Schreiben ein, bedrohen Staatsangestellte und versu-

chen systematisch, das Vertrauen in unseren Staat zu erschüttern. Besonders stossend: Viele dieser Leute nehmen staatliche Leistungen selbstverständlich in Anspruch, während sie gleichzeitig den Staat als Ganzes ablehnen. Diese Widersprüchlichkeit ist Strategie. Wir sagen klar: Der Rechtsstaat hat Geduld, aber diese Geduld hat Grenzen. Wenn rechtliche Mittel missbraucht und gezielt ins Absurde geführt werden, darf der Staat nicht tatenlos zusehen. Hier braucht es Konsequenz statt Verständnis. Besorgniserregend ist auch das Phänomen der Trittbrettfahrer – Personen, die nicht direkt zur Szene gehören, aber ähnliche Methoden anwenden, um sich Pflichten zu entziehen oder Druck auf Behörden auszuüben. Auch hier darf es keine falsche Nachsicht geben. Die SVP-Fraktion begrüsst die bisherigen Massnahmen des Regierungsrates, vom Leitfaden über Schutzvorkehrungen bis hin zur Fachstelle Gewaltschutz. Doch es braucht mehr: eine zentrale Erfassung solcher Vorfälle – nur wer weiss, wo das Problem auftritt, kann gezielt handeln –; eine konsequente Anwendung des Polizeigesetzes bei Bedrohung, Belästigung oder Einschüchterung; Sensibilisierung und Unterstützung der Gemeinden, damit auch dort gehandelt wird, und schliesslich Transparenz bei den Kosten. Wenn die Allgemeinheit für diese destruktiven Aktionen zahlen muss, soll sie das auch erfahren. Die SVP steht für Ordnung, Sicherheit und einen funktionierenden Staat. Wer diesen Staat ablehnt, soll nicht auf Milde zählen dürfen. Wir danken dem Regierungsrat und erwarten, dass die Massnahmen weitergeführt und bei Bedarf verschärft werden." Soweit das Votum von Kantonsrätin Severine Hänni.

Peter Schenk, EDU/Aufrecht: Ich spreche für die Fraktion EDU/Aufrecht. Ich bedanke mich bei den Kantonsräten Kenny Greber und Turi Schallenberg für den Vorstoss und beim Regierungsrat für die Beantwortung. Die Benutzung des Begriffs "Reichsbürger" ergibt den Eindruck, als wären wir gesellschaftlich am gleichen Punkt wie Deutschland im Jahr 1933. Die Benutzung dieses Begriffs ist provokativ, gesellschaftsspaltend und daher völlig deplatziert. Dieser Begriff gehört nicht in den Thurgau. Die kürzlich vom Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) gezeigte Sendung zur vorliegenden Thematik deklarieren ich ebenfalls als einseitig, unreflektiert und gesellschaftsspaltend. Seit Corona nehme diese Entwicklung zu, schreiben die Interpellanten. Auf mein Nachfragen beim Obergericht wurde das bestätigt: Seit Corona sei eine markante Zunahme zu verzeichnen. Es seien unterdessen etwa 25 Personen, die sich querulatorisch verhalten würden. Wir finden, dass solches Verhalten nicht zielführend und darum falsch ist. Leider stellten die Interpellanten die Frage nicht, ob diese Entwicklung einen Grund haben könnte, ob es da eine Wurzel gäbe, die ihr Nahrung gibt. Die Interpellation differenziert hierzu nicht. Es gibt nur die Guten und die Bösen, und letztere sind damit auch schon verurteilt. Das greift meiner Meinung nach zu kurz. Diese Zunahme von Menschen, die mit der Obrigkeit, dem Staat und seinem Handeln nicht, immer weniger oder gar nicht mehr einverstanden sind, gilt es anzuschauen. Kann es sein, dass die Handlungsweise der Regierungen in Bern und im Thurgau während der Corona-Pandemie-Lüge – und hier ver-

weise ich auf die Protokolle des Robert Koch Instituts (RKI), welche diese Lüge belegen – bei selber denkenden Bürgern vermehrt staatskritisches Denken und Handeln ausgelöst hat? Erinnern wir uns: Enkel wurden zu möglichen Mördern ihrer Grosseltern deklariert. In Alters- und Pflegeheimen starben Menschen völlig isoliert und menschenunwürdig in brutalster Einsamkeit. Der Staat verweigerte das Abschiednehmen von den Liebsten. Ehen, Familien, Vereine, Firmen, Gemeinschaften jeglicher Art wurden gespalten und manchmal sogar zerstört. Mit grossem psychischen Druck wurde Millionen von Menschen in der Schweiz so grosse Angst gemacht, dass sie sich den vermeintlich Segen bringenden mRNA-Injektionen hingaben, um im Nachhinein realisieren zu müssen, dass sie mit oft tragischen Auswirkungen, wie massiven gesundheitlichen Schäden oder gar mit "plötzlich und unerwartet" konfrontiert sind. Und obendrauf werden die Betroffenen nun damit alleingelassen. Das haben der Staat und seine Vertreter gemacht – das sollten wir uns immer vor Augen halten und nie vergessen. Kann es sein, dass der Staat Vertrauen verliert, wenn er sich, ohne vom Souverän beauftragt, als allwissender Impf- arzt inszeniert und durchsetzt? Kann es sein, dass solange die Aufarbeitung dieses Verbrechens an der Menschheit vom Staat und den Regierungen...

Präsident: Kantonsrat Peter Schenk, könnten wir bitte beim Thema Reichsbürger bleiben?

Peter Schenk, EDU/Aufrecht: Das ist meine Meinung hier, und die lese ich. Für das bin ich gewählt, und ich werde mein Votum so zu Ende führen. Es dauert nicht mehr lange. Kann es sein, dass, solange die Aufarbeitung dieses Verbrechens an der Menschheit vom Staat und den Regierungen nicht in Angriff genommen wird, vermehrt Fragen, Enttäuschung und Frust gegenüber eben dieser Obrigkeit entstehen? Es gibt weitere Beispiele: Das Volk sagt "nein" zur E-ID, Bundesbern sagt: Dieser Volksentscheid ist uns egal, wir führen die E-ID im Jahr 2026 ein; oder die Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative; oder die grandiose Umsetzung des klaren Volksentscheides betreffend BTS/OLS; oder ganz aktuell: Der Bundesrat will die Stände und somit das Volk ausschalten bei den EU-Verträgen. Diese Arroganz, dieses unanständige Gebaren der Obrigkeit hat in unserer direkten Demokratie, in welcher das Volk der Souverän ist, keinen Platz. Glauben wir wirklich, dass alle Bürger so einfältig, naiv und blind sind und solche Sachverhalte damit keine Folgen punkto Vertrauen in den Staat haben? Die Zunahme der Anzahl Staatsverweigerer gründet meiner Meinung nach darin, dass der Staat sie durch obige Beschreibung buchstäblich züchtet. Mich wundert es deshalb nicht, dass es immer mehr "Mir-reichs-Bürger" gibt. Im letzten Abschnitt der regierungsrätlichen Beantwortung steht: "Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass dem Gebaren der Staatsverweigerer und Staatsverweigerinnen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten ist." Dieser Satz schockiert mich und widert mich an – weil er vor Selbstgerechtigkeit strotzt, weil darin glasklar zum Ausdruck kommt, dass der Staat unfehlbar ist, dass er

immer im Recht ist und er sich darum in seinem Verhalten nicht zu reflektieren braucht. Die Gefahr, welche von den vorhandenen Staatsverweigerern ausgeht, ist aus meiner Sicht wesentlich geringer als diejenige, welche dekadente Obrigkeiten diesbezüglich generieren. Wie sieht nun eine mögliche Verbesserung, oder noch besser, eine Verminderung der Anzahl Staatsunzufriedener aus? Mein Vorschlag dazu ist, dass der Staat und seine Vertreter sich uneingeschränkt an die Bundesverfassung halten, dem Volk als Souverän umfassend dienen, zu gemachten Fehlern stehen und Fehlverhalten zugeben, sich entschuldigen und das Volk um Vergebung bitten. Dann ist der Grundstein für erstarkendes Vertrauen gelegt. Ein sehr guter Anfang wäre, wie schon gesagt, die Aufarbeitung des begangenen Corona-Zwangsmassnahmen-Verbrechens am Volk. Ich bin überzeugt, dass dann die Zufriedenheit gegenüber Staat und Obrigkeit zunehmen wird. An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen Fraktionen innerhalb der Verwaltung und innerhalb der drei Gewalten, welche dazu beitragen, das gute Miteinander zu fördern, und welche auch oft als Ventil und Blitzableiter dienen, herzlichen Dank an all diejenigen. Ich wünsche von Herzen, dass unsere Obrigkeit die nötigen einenden Schritte für unseren Kanton und unser Land erkennen und umsetzen wird.

Thomas Leu, FDP: Wieder zurück zum Thema. Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die detaillierte Beantwortung der Interpellation zum koordinierten Umgang mit Staatsverweigerern und Reichsbürgern. Die Antwort zeigt, dass die Regierung dieses Thema ernst nimmt und entsprechende Vorkehrungen getroffen werden, um die Mitarbeitenden der Kantonalen Verwaltung so gut es eben geht – das muss man leider sagen – im Umgang mit dieser anspruchsvollen Kundschaft zu begleiten und zu unterstützen. Die beschriebenen Massnahmen erachten wir als ausreichend und auch tauglich. Insbesondere begrüssen wir, dass flexible Reaktionen anstatt starr vorgegebener Muster angewandt werden können. Wir gehen davon aus, dass die Regierung diese Massnahmen, wo erforderlich, laufend anpassen und dementsprechend den Schutz der Mitarbeitenden, der ganz wesentlich ist, bestmöglich gewährleisten wird. Diesem Schutz kommt eine sehr hohe Bedeutung zu, weil damit allen Mitarbeitenden auch für die Zukunft das gegeben werden kann, was sie benötigen – nämlich die Möglichkeit, sich auf die Erledigung der vielfältigen Aufgaben in der Kantonalen Verwaltung konzentrieren zu können, ohne abgelenkt zu werden durch irgendwelche Querschläger. Unsere Fraktion teilt die Auffassung der Regierung, dass dem Gebaren der Staatsverweigerer mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten ist und dass Pflichten und Forderungen auch konsequent durchzusetzen sind. Der in der Beantwortung erwähnte "Leitfaden zum Umgang mit Staatsverweigerern" als Instrument erscheint uns durchaus geeignet, auch wenn, oder gerade weil die Herausforderungen bei den verschiedenen Stellen sehr unterschiedlich sind. Bei der Beurteilung, ob im Einzelfall gar eine Strafanzeige zu erstatten sei, erwarten wir Augenmass. Warum? Dadurch werden Ressourcen gebunden, und oftmals dürfte auch mit einer vergleichsweise milden Bestrafung zu rechnen sein. Ein

solches Zeichen könnte sogar kontraproduktiv wirken, wenn eben keine geeignete staatliche Sanktion verfügbar ist. Trotzdem braucht es dort, wo es eben gute Sanktionen gibt, ein entschiedenes Eingreifen. Die FDP-Fraktion ist einstimmig der Auffassung, dass dem Umgang mit besonders anspruchsvollen Personengruppen grosses Augenmerk geschenkt werden soll und auch weiterhin geschenkt werden muss, namentlich deshalb, weil Mitarbeitende aller Behörden und Stufen in ihrem Arbeitsalltag massiv beeinträchtigt werden können. Ein pauschales Rezept für den bestmöglichen Umgang mit diesen Personengruppen wird es kaum geben; zumindest ist wahrscheinlich noch niemandem ein solches bekannt. Darum erscheint es uns primär erforderlich, dass – wie aufgezeigt von der Regierung – laufend beobachtet und optimiert wird, damit die Belastung, welche die Mitarbeitenden in ihrem täglichen Alltag erleben, bestmöglich abgefedert werden kann. Klare Prozesse und ein konsequenter Umgang sollen den Mitarbeitenden den Rücken stärken – in jeder Situation; auch in solchen Situationen, die man eben nicht voraussehen kann. Im Einzelfall wird aber die beste Lösung wohl kaum pauschal, sondern eben für diesen Einzelfall zu entwickeln sein. Ich kann mich gut daran erinnern, dass ich in meinem Gerichtspraktikum tätlich angegriffen wurde, weil ich eine Person aus dem Büro des damaligen Gerichtspräsidenten entfernt habe, die grossen Unmut stiften wollte und die vor allem auch eine riesengrosse Sauordnung – entschuldigen Sie mir den Ausdruck – anrichten wollte, was eben auch wieder zu einer Mehrbelastung führt. Ich glaube deshalb, dass der Einzelfall die besten Lösungen bringt und starre Reaktionen manchmal vielleicht eben auch zu spät kommen. Wenn wir also diese Geisteshaltung von der Regierung abholen und diese in die Verwaltung geben, dann stärken wir allen Mitarbeitenden klar und ersichtlich den Rücken. Wir schaffen Sicherheit für sie in ihrem Arbeitsalltag. Konzepte für konkrete Anwendungsfälle sind darum klar zu bejahen. Aber die Schaffung von neuen Stellen für eine ganzheitliche Koordination scheint uns doch noch etwas wenig geeignet, um diese verschiedenen Anforderungen unter einen Hut bringen zu können. Was erforderlich und was sinnvoll ist, wird die Regierung in ihrer Verantwortung zu entscheiden haben, und wir sind überzeugt, dass sie alles unternehmen wird, um die Mitarbeitenden zu schützen und um konsequent gegen diejenigen vorzugehen, welche unseren Staat und unsere Werte ablehnen, missachten oder gar dagegen vorgehen. Prävention und, wo nötig, auch ein koordiniertes Vorgehen sind wichtig. Genauso wichtig ist aber eine zeitnahe Reaktion, die im Einzelfall sachgerechter und präziser ausfallen dürfte als in einem ganzheitlich konzipierten Prozess. Ich danke der Regierung im Namen der ganzen FDP-Fraktion, wenn sie sich auch weiterhin für den Schutz der Mitarbeitenden und ein konsequentes Vorgehen gegen diejenigen Menschen einsetzt, die nichts Gutes mit unserem Staat im Schilde führen.

Andreas Sigrist, EDU/Aufrecht: Ich danke den Interpellanten für das Aufgreifen dieses herausfordernden Themas und dem Regierungsrat für seine Stellungnahme. Wer bereits mit sogenannten Staatsverweigerinnen oder Staatsverweigerern in Kontakt gekommen

ist, weiss, wie mühsam, belastend, demotivierend und nicht zuletzt auch gefährlich solche Begegnungen sein können. Die Botschaft des Regierungsrates zeigt deutlich auf, dass Handlungsbedarf besteht. Die entscheidende Frage ist dabei nicht nur, ob wir handeln, sondern wie dieses Handeln konkret aussehen soll. Der Regierungsrat schreibt: "Es gilt zu verhindern, dass das Tun der Staatsverweigerinnen und Staatsverweigerer Erfolg hat. Gleichzeitig sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen. Es ist unumgänglich, die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen." In diesen Punkten sind wir uns hier im Rat wohl weitgehend einig. Doch auch hier stellt sich erneut die Frage: Wie setzen wir das um? Ein weiterer Satz aus der Botschaft lautet: "Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass dem Gebaren der Staatsverweigerer und Staatsverweigerinnen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten ist." Diese Worte erinnern mich und einige andere unter uns schmerzlich an die Corona-Zeit. Und es ist für mich verständlich, wenn sich betroffene Personen durch solche Formulierungen in ihrer Haltung bestätigt sehen und solche Aussagen als weitere Provokation empfinden. Ich hätte mir eine etwas andere Sichtweise gewünscht – eine Sichtweise, die stärker auch unsere Kantonsverfassung im Blick hat, denn dort steht unmissverständlich: "Der Staat achtet und schützt Würde und Freiheit des Einzelnen." Das sollte für alle gelten – auch wenn uns das herausfordert. Was mich zudem erstaunt hat: In der Interpellation, wie auch in der Botschaft, wird kaum auf die Ursachen für diese Entwicklungen eingegangen. Dabei wissen wir alle um die Gesetze von Ursache und Wirkung. Wollen wir eine befriedigende Lösung, dann müssen wir auch die Ursachen ernsthaft in unsere Überlegungen einbeziehen. Ein bekanntes Sprichwort sagt: "Was der Mensch sät, das wird er ernten." Ich bin überzeugt, diese Aussage gilt sowohl für den Staat als auch für jene, die ihn verweigern. Es ist unschön, wenn uns ein Spiegel vorgehalten wird und wir in diesem Spiegel dann Dinge sehen, die uns nicht gefallen. Ich denke, dass auf beiden Seiten Defizite vorhanden sind. So fehlt es dann häufig an Offenheit, an Selbstkritik, an echter Veränderungsbereitschaft und auch an Demut – dies, wie gesagt, auf beiden Seiten. Ich wünsche uns allen, besonders aber den betroffenen Mitarbeitenden in der Verwaltung, bei der Polizei und bei den Behörden, dass es uns gelingt, wo immer möglich, Brücken zu bauen. Brücken, die tragfähig sind; Brücken, die zu Lösungen führen für ein friedliches Miteinander in unserem Kanton. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Robin Spiri, EDU/Aufrecht: Entscheidend bei diesem Thema scheint mir das Verhältnis zwischen Staat und Bürger zu sein. Dies ist auch der Nordstern von Aufrecht Schweiz und Aufrecht Thurgau. Genau dieses Verhältnis driftete in den letzten Jahren, insbesondere seit der Corona-Zeit, auseinander. Menschen wurden während dieser Zeit aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen. Sie konnten keine Restaurants besuchen, nicht mehr studieren gehen und auch ihre Eltern im Pflegeheim nicht mehr besuchen. Die gesellschaftliche Spaltung fand ihren Höhepunkt. Leider ist seit dieser Zeit auch zu erkennen, dass es immer mehr Menschen gibt, welche dem Staat den Rücken zudrehen und

nichts mehr mit den Institutionen zu tun haben möchten. Mit Besorgnis beobachte auch ich diese Entwicklung, welche gerade in der Ostschweiz sehr stark vertreten zu sein scheint. Doch nun wirft die Interpellation die Frage auf, wie ein koordinierter Umgang unter den Ämtern mit diesem Thema stattfinden kann. Sehr berechtigt und gut, denn schlussendlich sind es vorwiegend die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade dieser Ämter, welche unter der ganzen Problematik leiden und nicht die Politiker, welche zusammen mit den Medien zur gesellschaftlichen Spaltung und zum Auseinanderdriften verschiedener Schichten beigetragen haben. Klar, die Auswirkungen können bekämpft werden, beispielsweise mit Repression, mit einer engeren Koordination unter den Ämtern, durch Sanktionen und so weiter – aber ich denke, dass dies langfristig nicht zielführend sein wird. Ist es nicht viel sinnvoller, die Ursache anzugehen? Denn genau das von mir am Anfang erwähnte Verhältnis zwischen Staat und Bürger scheint dies zu sein. Die Ursache sollte nicht von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ämter angegangen werden müssen, sondern von höchster Stelle, sprich Regierungsrat und Grosse Rat. Denn wir Kantonsräte waren es – beziehungsweise ich damals noch nicht –, welche auch zur Spaltung der Gesellschaft beigetragen haben mit teils absurden Zwangsmassnahmen. Generell fühlen sich viele Bürger von der Politik nicht mehr verstanden. "Die machen sowieso, was sie wollen" oder "Entscheide würden sowieso missachtet", höre ich immer wieder. "Vetternwirtschaft" und "Politikklüngel" – das sind Begriffe, die leider immer öfter zu hören sind, gerade im Kanton Thurgau. Dies widerspiegelt vielleicht auch die tiefe Wahlbeteiligung. Als Kantonsräte sollten wir uns auch tiefer mit dem Thema auseinandersetzen, was langfristig die Aufgabe der Politik sein soll und welche Funktionen und Aufgaben der Staat überhaupt hat. Der Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern erscheint mir hier sehr wichtig, denn sie sind es, welche schlussendlich den Staat ausmachen und nicht wir Politiker. Ich appelliere an den Regierungsrat, sofern er diese Thematik ernst nimmt, ein wirksames Konzept zu erstellen, die Hand zu reichen und einen Runden Tisch zu schaffen – zusammen mit den Staatsverweigerern. Ich bin überzeugt, dass mit viel Menschenverstand und gegenseitigem Entgegenkommen viele Wunden wieder zu kitten sind.

Turi Schallenberg, SP und Gew.: Auch ich komme gerne wieder zurück zum Thema. Der Regierungsrat hat unsere Fragen insgesamt gut beantwortet. Das Problem ist erkannt. Wir haben auch gehört – wenn wir den Vorrednerinnen und Vorredner zugehört haben –, dass auch der Bundesrat das Problem erkannt hat. Wenn jetzt die Frage gestellt wird, was der Grund der Entwicklung sei – meines Erachtens eine berechtigte Frage –, dann wurde dazu zwar ziemlich viel gesagt, aber Antworten hat es nicht wirklich gegeben. Das sind einzelne Meinungen. Das ist natürlich absolut okay, die sollen hier Platz haben, aber gesicherte Antworten zum Problem, zum Ursprung der Entwicklung habe ich keine gehört. Vielleicht hat ja der Regierungsrat eine schnelle Antwort auf diese Frage. Für mich ist es wichtig, dass, wenn wir ein Problem sehen, dieses angehen, dass

wir die Ursachen, wie es die einen Redner nennen, auch angehen. Wir sollten aber auch die stehenden Probleme angehen. Der Regierungsrat hat uns aufgezeigt, was aktuell getan wird – mehrere Redner haben jedoch auch festgestellt, dass die Koordination dabei zu wünschen übriglässt. Meine Frage an den Regierungsrat ist, welche Massnahmen er jetzt sieht, wenn er in seiner – guten – Beantwortung schreibt: "Gleichzeitig sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen. Es ist unumgänglich, die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen." Nochmals meine Frage: Welche Massnahmen sieht der Regierungsrat?

Regierungsrat Dominik Diezi: Zuerst eine einleitende Bemerkung, weshalb ich hier Stellung nehme und nicht Regierungsrätin Ruth Faller Graf: Wir sind übereingekommen, dass an der heutigen Sitzung – es ist der zweite Amtstag meiner Kollegin – ich das noch vertrete. Ich werde auch beim Rechenschaftsbericht noch Red und Antwort stehen, soweit ich das kann. Ab der nächsten Sitzung, nach den Ferien, übernimmt dann selbstverständlich alles, was das Departement für Justiz und Sicherheit (DJS) betrifft, unsere neue Regierungsrätin. Daher erfolgt die jetzige Stellungnahme von meiner Seite her: Wir nehmen dieses Problem der Staatsverweigerer im Regierungsrat sehr ernst. Wir haben dazu auch eine klare und koordinierte Strategie. Weil sie in unserer Antwort so prägnant zusammengefasst wurde und offensichtlich noch nicht bei allen so angekommen ist, erlaube ich mir, sie noch einmal zu zitieren. Wir haben es schon gehört, aber noch nie zusammenhängend, deshalb noch einmal prägnant formuliert: "Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass dem Gebaren der Staatsverweigerer und Staatsverweigerinnen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten ist. Pflichten und Forderungen sind durchzusetzen, und bei Tatbestandserfüllung sind Strafanzeigen zu erstatten. Es gilt zu verhindern, dass das Tun der Staatsverweigerinnen und Staatsverweigerer Erfolg hat. Gleichzeitig sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen. Es ist unumgänglich, die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen." Wie setzen wir diese Strategie um? Auch hier sind wir durchaus koordiniert unterwegs. Letztlich basiert das auf drei Säulen. Es geht erstens einmal um die Prävention – wir müssen verhindern, dass es überhaupt zu solchen Konstellationen kommt. Da sind wir vor allem baulich unterwegs. Das ist auch die Antwort auf die Frage von Kantonsrat Turi Schallenberg, was wir momentan konkret machen würden. Wir rüsten ganze Amtsstellen um – letzter Fall war jetzt gerade das Betreibungsamt in Romanshorn, bei dessen Eröffnung ich dabei sein konnte und bei dem man konsequent die Bereiche zwischen Mitarbeitenden und Kunden trennt hat. Ein Kunde, und sei es denn auch ein Staatsverweigerer, hat dort gar keine Möglichkeit mehr, einem Mitarbeitenden in irgendeiner Weise gefährlich nahe treten zu können. Hier sind wir also vor allem baulich unterwegs. Aber natürlich sind auch die entsprechenden Schulungen sehr wichtig. Unsere Mitarbeitenden müssen wissen, mit wem sie es zu tun haben und wie sie situativ richtig reagieren können. Dabei gibt es kein Patentrezept; es gibt auch nicht "den Staatsverweigerer", sondern man muss hierbei wirk-

lich schauen, wie man sich am besten verhalten oder nicht verhalten sollte. Des Weiteren ist die Unterstützung unserer Mitarbeitenden sehr wichtig. Sie sollen sich nicht alleine gelassen fühlen, sondern sie sollen jene optimale Unterstützung bekommen, die sie benötigen – auch diese wieder sehr situativ. Wir haben ausgeführt, was hier alles zu Gebote steht. Zuletzt geht es dann auch effektiv um die konsequente Durchsetzung des Rechts gegenüber den Staatsverweigerern und Staatsverweigerinnen – allenfalls eben auch repressiv. Da geht es nicht um Selbstgerechtigkeit, Kantonsrat Peter Schenk, sondern es geht gerade um die Durchsetzung der Bundesverfassung. Die Bundesverfassung hält die Rechtsgleichheit fest: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich" – unter anderen auch selbsternannte "Reichsbürger". Da geht es einfach um einen konsequenten Rechtsvollzug. Das bedeutet aber nicht, dass wir hier einfach immer blind "dreinschlagen" – es braucht auch hier situativ jeweils das Richtige. Darum sind wir auch skeptisch – mindestens zum aktuellen Zeitpunkt –, ob eine kantonale Koordinationsstelle wirklich die richtige Lösung ist. Weil, wie auch ausgeführt worden ist, die Ämter ganz unterschiedlich betroffen sind. Wir haben Ämter wie das Konkursamt, die Gerichte oder die Steuerverwaltung, welche sehr oft mit solchen Leuten zu tun haben, andere Ämter werden wiederum überhaupt nicht tangiert von dieser Problematik. Darum ist es bis jetzt unser Ansatz, dass wir das vor allem über die Ämter, also ämterspezifisch angehen. Wir haben eine kantonale Fachstelle, die Fachstelle Gewaltschutz bei der Polizei. Es ist nicht so, dass man keine koordinierte Stelle hätte, die man angehen könnte – auch ämterspezifisch. Von daher ist unsere Haltung diese: Status quo heisst nicht Stillstand – wir sind täglich an der Arbeit, führen unsere Massnahmen weiter und werden diese bei Bedarf verschärfen. Das ist der Ansatz der Regierung, und so werden wir bei diesem Thema dranbleiben.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.